

Stand: 10.02.2026 18:12:08

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/11185

"Expertenanhörung im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes des Bayerischen Landtags zur Prüfung der Einführung eines Altersgelds für Beamte in Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/11185 vom 26.04.2016
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/12128 des OD vom 28.06.2016
3. Plenarprotokoll Nr. 79 vom 12.07.2016



Antrag

der Abgeordneten **Stefan Schuster, Martina Fehlner, Andreas Lotte, Arif Tasdelen, Volkmar Halbleib, Harald Güller, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Reinhold Strobl, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Inge Aures, Susann Biedefeld SPD**

Expertenanhörung im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes des Bayerischen Landtags zur Prüfung der Einführung eines Altersgelds für Beamte in Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes des Landtags findet eine Expertenanhörung über die Einführung eines Altersgelds für freiwillig aus dem Beamtenverhältnis ausscheidende Beamte in Bayern statt.

Die Anhörung soll insbesondere der Prüfung der Frage dienen, ob der bayerische Gesetzgeber ein Bayerisches Altersgeldgesetz beschließen soll, ähnlich wie der Bundesgesetzgeber ein Altersgeldgesetz für freiwillig aus dem Bundesdienst ausscheidende Beamte, Richter und Soldaten beschlossen hat.

Begründung:

1. Am 4. September 2013 ist das Gesetz zur Gewährung eines Altersgelds für freiwillig aus dem Bundesdienst ausscheidende Beamte, Richter und Soldaten vom 28. August 2013 (BGBl. I S. 3386) in Kraft getreten. Nach dessen Art. 1 haben Beamte auf Lebenszeit, Richter auf Lebenszeit und Berufssoldaten, sofern sie auf ihren Antrag hin entlassen werden, Anspruch auf Altersgeld (vgl. § 1 Abs. 1 Altersgeldgesetz (AltGG)). Der Anspruch auf Altersgeld entsteht nicht, wenn die oder der Betroffene auf die Entlassung besteht, obwohl zum Zeitpunkt der Entlassung zwingende dienstliche Gründe entgegenstehen (§ 1 Abs. 1 AltGG). Vor dem Wirksamwerden der Entlassung müssen die Betroffenen eine zu den Akten zu nehmende Erklärung über die Inanspruchnahme von Altersgeld abgeben. Sie sind unmittelbar nach Eingang

ihres Antrags auf Entlassung auf die Erforderlichkeit der Abgabe dieser Erklärung hinzuweisen. Sie sind ebenfalls darüber zu informieren, dass eine Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) für die zurückgelegte Dienstzeit bei der Wahl des Altersgelds nicht durchgeführt wird. Wurde bereits eine Nachversicherung in der GRV oder einer berufsständischen Versorgungseinrichtung (z.B. infolge einer Entlassung auf Antrag bis einschließlich 3. September 2013 oder infolge unterlassener Erklärung bei einer Entlassung auf Antrag ab dem 4. September 2013) durchgeführt, entsteht kein Anspruch auf Altersgeld (§ 3 Abs. 6 AltGG). Die Nachversicherung kann nicht zugunsten eines Altersgeldanspruchs rückgängig gemacht werden.

Das Altersgeld stellt für freiwillig ausscheidende Beamten und Beamte, Richterinnen und Richter und Berufssoldatinnen und Berufssoldaten hinsichtlich ihrer Alterssicherung eine Alternative zur obligatorischen Nachversicherung in der GRV nach § 8 Abs. 2 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch (SGB VI) dar, die insofern bei einem Ausscheiden aus einem versicherungsfreien Beschäftigungsverhältnis als der gesetzliche Regelfall bestehen bleibt. Sofern der Gewährung von Altersgeld keine zwingenden dienstlichen Gründe entgegenstehen, kann die oder der Betroffene zwischen Altersgeld und Nachversicherung wählen. Soweit die Wahl zugunsten des Altersgeldes getroffen wird, ist eine Nachversicherung ausgeschlossen, da kein unversorgtes Ausscheiden als Voraussetzung für die Durchführung einer Nachversicherung mehr vorliegt (§ 8 Abs. 2 SGB VI).

Altersgeldberechtigte sind nicht beihilfeberechtigt. Sie sind ferner keine Versorgungsempfängerinnen oder Versorgungsempfänger im Sinne des Beamtenversorgungsgesetzes (BeamtVG) und des Soldatenversorgungsgesetzes (SVG) (§ 1 Abs. 4 AltGG).

2. Mit Beschluss vom 27. Oktober 2010 (Drs. 16/6148) forderte der Landtag die Staatsregierung auf, auf der Basis der Ergebnisse einer Expertenanhörung bis zum 31. Dezember 2011 zu prüfen, ob und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen und mit welchem zeitlichen Horizont, die Trennung der Alterssicherungssysteme einschließlich der Mitnahmefähigkeit von Versorgungsanwartschaften realisiert werden könnte.

In dem Bericht der Staatsregierung zur Trennung der Alterssicherungssysteme und Mitnahmefähigkeit beamtenrechtlicher Versorgungsanwartschaften vom 16. Oktober 2012, der dem Landtag mit Schreiben vom 23. Oktober 2012 (Az.: 24-P 1601-036-36552/12) des damaligen Staatsministeriums der Finanzen zum Beschluss des Landtags übermittelt wurde, wurden die Gesichtspunkte, die für und gegen eine Trennung der Alterssicherungssysteme bzw. eine Mitnahmefähigkeit beamtenrechtlicher Versorgungsanwartschaften und in diesem Zusammenhang auch für oder gegen die Einführung eines Altersgelds *sui generis* als (Neu-)Erwerb von Anwartschaften eigener Art bzw. Einräumung eines Versorgungsanspruchs freiwillig ausgeschiedener Beamter aus dem Beamtenverhältnis gegen den früheren Dienstherrn sprechen, unter rechtlichen Gesichtspunkten (Verfassungsrechtliche Zulässigkeit, Einheitlichkeit des Beamtenverhältnisses, Weiterbestehen der Erforderlichkeit von Anrechnungsregelungen), personalwirtschaftlichen Gesichtspunkten (Sicherung des Vertrauens in die Amtsführung der Verwaltung, Ausgleich des Abgangs von qualifiziertem Personal, Attraktivitätsverlust durch Einschränkung der Anerkennung von Vordienstzeiten, Bedürfnisse der Personalentwicklung) und finanziellen Gesichtspunkten ausführlich dargestellt und diskutiert.

3. Der Bericht des damaligen Staatsministeriums der Finanzen vom 16. Oktober 2012 an den Landtag hat mittlerweile seine Aktualität im Hinblick auf die Einführung eines Altersgelds für freiwillig aus dem Beamtenverhältnis ausgeschiedene Beamte eingebüßt. Im Bund ist zum 4. September 2013 das Altersgeldgesetz (AltGG) in Kraft getreten, das Beamten und Beamten auf Lebenszeit und Richterinnen und Richtern auf Lebenszeit sowie Berufssoldatinnen und Berufssoldaten, sofern sie auf ihren Antrag hin entlassen werden, einen Anspruch auf Altersgeld einräumt. Aus der Begründung des damaligen Gesetzentwurfs (vgl. Bundestags Drs. 17/12479) ergibt sich, dass der vergleichsweise niedrige Rentenanspruch, der im Falle einer Nachversicherung ausscheidenden Beamten zusteht, sich als Hemmnis für die Mobilität und Flexibilität der Bundesbeamten erwiesen habe. Die mit der Nachversicherung verbundenen wirtschaftlichen Nachteile sollten deshalb dahingehend abgebaut werden, dass als finanzieller Ausgleich für die erdienten Alterssicherungsansprüche das Altersgeldgesetz einen Anspruch auf Altersgeld vorsieht. Beim AltGG wurde auch durchaus berücksichtigt, dass gerade kein übermäßiger Anreiz geschaffen wird, dass Beamte den Bundesdienst vorzeitig verlassen, d.h., die im Bericht des damaligen Staatsministeriums der Finanzen vom 16. Oktober 2012 diesbezüglich geäußerten Bedenken wurden vom Bundesgesetzgeber durchaus auch gesehen. Vor diesem Hin-

tergrund wurde der Altersgeldanspruch so ausgestaltet, dass ein Gleichgewicht zwischen der wirtschaftlichen Ausgestaltung des Altersgeldanspruchs und den berechtigten Interessen des Dienstherrn, die Bediensteten dauerhaft an sich zu binden, geschaffen wurde. Dies wurde insbesondere dadurch gelöst, dass der Anspruch auf Altersgeld erst ab einer Wartezeit von sieben Jahren entsteht, bei einer erneuten Berufung in das Beamtenverhältnis eine Sperrfrist von fünf Jahren greift und nur reine Beamtdienstzeiten, also keinerlei Vordienstzeiten bei der Berechnung des Altersgeldanspruchs berücksichtigt werden. Zudem wird auch ein Familienzuschlag nicht in die Bemessungsgrundlage mit einbezogen und auf den Altersgeldanspruch ein pauschaler Abschlag von 15 Prozent erhoben. Des Weiteren wird das Altersgeld monatlich nachträglich gezahlt.

All diese Detailregelungen des AltGG des Bundes waren bei der Abfassung des Berichts des damaligen Staatsministeriums der Finanzen vom 16. Oktober 2012 an den Landtag nicht bekannt, weswegen der Bericht eine Anhörung im Landtag über die Prüfung der Einführung eines Altersgelds für Beamte in Bayern nicht ersetzen würde. Hinzu kommt, dass ein Altersgeldgesetz keine sog. Trennung der Alterssicherungssysteme im Sinne des Berichts darstellt, sondern auf einem völlig anderen Konzept beruht. Die mit einer Trennung der Systeme verbundenen Probleme, die der Bericht ausführt, wären deshalb auf ein Altersgeldgesetz nicht übertragbar. Insbesondere der im Bericht problematisierte Attraktivitätsverlust des Beamtenverhältnisses durch Anerkennung von Vordienstzeiten käme bei einem vergleichbaren Bayrischen Altersgeldgesetz nicht zum Tragen.

Hinzu kommt, dass sich der Bericht des damaligen Staatsministeriums der Finanzen auch nicht mit den möglichen Alternativen, wie sie in der Gesetzesbegründung des Altersgeldgesetzes des Bundes angedacht wurden, auseinandersetzt. Dort werden z.B. eine ergänzende Nachversicherung der freiwillig ausscheidenden Beamten und Richter bei der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder sowie eine Ergänzung der Alterssicherung durch Kapitalisierung und Abfindung der erworbenen Anwartschaften in Form eines einmaligen Kapitalbetrags angesprochen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

**Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Martina Fehlner,
Andreas Lotte u.a. SPD
Drs. 17/11185**

**Expertenanhörung im Ausschuss für Fragen des öffentlichen
Dienstes des Bayerischen Landtags zur Prüfung der Einführung
eines Altersgelds für Beamte in Bayern**

I. Beschlussempfehlung:

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Berichterstatter: **Stefan Schuster**
Mitberichterstatter: **Volker Bauer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 28. Juni 2016 beraten und aufgrund des in der Sitzung mündlich gegebenen Berichts der Staatsregierung für erledigt erklärt.

Ingrid Heckner
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Bei den in der Anlage an Nummer 3 und 4 stehenden Konsultationsverfahren betreffend die Energieunion, zu denen in den Ausschüssen einstimmige Voten vorliegen, sind die Fristen zur Abgabe einer Stellungnahme bereits abgelaufen. Es wird daher vorgeschlagen, den bisherigen Einleitungssatz "Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren folgende Stellungnahme ab:" durch den Einleitungssatz "Der Bayerische Landtag nimmt das Konsultationsverfahren zum Anlass, folgende Stellungnahme abzugeben:" zu ersetzen.

Wer mit dieser Änderung einverstanden ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Hallo CSU? – Stimmt ihr mit oder nicht? – Also, die SPD-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Die Gegenstimmen! – Wisst ihr, was ihr wollt?

(Hans Herold (CSU): Können Sie das bitte wiederholen? – Natascha Kohnen (SPD): Wie wär's mit Zuhören?)

– Nein. Wir können nicht dreimal wiederholen, bis es passt. Ich hab euch ja extra noch gefragt. Stimmt ihr jetzt dieser Änderung und der Übernahme der Voten zu? – Gut. Gibt's Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen, keine Gegenstimmen. Dann ist das so beschlossen. Ich danke Ihnen.

Wir kommen nun zur Abstimmung – ich bitte jetzt darum, ein bissla aufzupassen – über die restlichen Voten. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- | | |
|--------|--|
| (E) | einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses |
| (G) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen |
| (ENTH) | Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss |
| (A) | Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss |
| (Z) | Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss |

Europaangelegenheiten

1. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über eine EU-Strategie für Flüssigerdgas und die Speicherung von Gas
COM (2016) 49 final
BR-Drs. 79/16
Drs. 17/11013, 17/12277 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:
Eine EU-Strategie für die Wärme- und Kälteerzeugung
COM (2016) 51 final
BR-Drs. 80/16
Drs. 17/11014, 17/12278 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Energie:

Konsultation bezüglich der Rationalisierung von Planungs- und Berichterstattungsverpflichtungen als Teil der Governance der Energieunion
11.01.2016 - 22.04.2016
Drs. 17/11015, 17/12279 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Verkehr, Forschung und Technologie, Energie, Klimaschutz, Binnenmarkt:

Öffentliche Konsultation zu einer umfassenden und integrierten Strategie für die
Energieunion in den Bereichen Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit
04.03.2016 - 31.05.2016

Drs. 17/11027, 17/12280 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Anträge

5. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian von Brunn,
Dr. Linus Förster u.a. SPD

Für eine zukunftsorientierte Alpenpolitik in Bayern und Europa I: Einbeziehung
von Kommunen und NGOs in die EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)
Drs. 17/11230, 17/12301 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian von Brunn,
Dr. Linus Förster u.a. SPD
Für eine zukunftsorientierte Alpenpolitik in Bayern und Europa II: Stimmrecht für
die Alpenkonvention in der EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)
Drs. 17/11231, 17/12302 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian von Brunn,
Dr. Linus Förster u.a. SPD
Für eine zukunftsorientierte Alpenpolitik in Bayern und Europa III: Neuer
Schwung für den Alpenschutz durch EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)
Drs. 17/11232, 17/12304 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian von Brunn,
Dr. Linus Förster u.a. SPD
Für eine zukunftsorientierte Alpenpolitik in Bayern und Europa IV: EUSALP-
Dokumente in den Amtssprachen der Makroregion zur Verfügung stellen
Drs. 17/11233, 17/12305 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian von Brunn,
Dr. Linus Förster u.a. SPD
Für eine zukunftsorientierte Alpenpolitik in Bayern und Europa V: Beteiligung des
Parlaments bei der Umsetzung der EU-Strategie für den Alpenraum (EUSALP)
Drs. 17/11234, 17/12306 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian von Brunn,
Dr. Linus Förster u.a. SPD
Für eine zukunftsorientierte Alpenpolitik in Bayern und Europa VI:
EUSALP-Projekte für nachhaltige Alpenraumentwicklung nutzen
Drs. 17/11235, 17/12308 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Florian von Brunn,
Dr. Linus Förster u.a. SPD
Für eine zukunftsorientierte Alpenpolitik in Bayern und Europa VII:
Transparente und demokratisch legitimierte Verwendung der EUSALP-
Finanzmittel sicherstellen
Drs. 17/11236, 17/12309 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Vielfalt bewahren – Gute Ganztagschule ausbauen I – Kooperationsverbot im
Schulbereich beseitigen – Bildungsföderalismus bewahren
Drs. 17/11433, 17/12297 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Vielfalt bewahren – Gute Ganztagschule ausbauen II – Klassenmehrung für Ganztagsklassen zulassen – Wahlfreiheit der Eltern gewährleisten
Drs. 17/11434, 17/12105 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Vielfalt bewahren – Gute Ganztagschule ausbauen III – Offene Ganztagschule in der Primarstufe – Bericht über Pilotphase
Drs. 17/11435, 17/12106 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Vielfalt bewahren – Gute Ganztagschule ausbauen IV – Bundesweite Qualitätsstandards bei der Ganztagschule auf den Weg bringen
Drs. 17/11436, 17/12107 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Psychotherapeutische und psychosoziale Versorgung von Asylsuchenden
Drs. 17/10441, 17/12157 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Ruth Müller, Inge Aures u.a. SPD
Entgeltgleichheit für Frauen schaffen
Drs. 17/10463, 17/12153 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Tragfähiges Konzept für WLAN-Zugang in Flüchtlingsunterkünften
Drs. 17/10573, 17/12275 (E)

Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr,
Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Verena Osgyan u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Freies WLAN für alle – auch für Geflüchtete!
Drs. 17/10642, 17/12276 (E)

Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr,
Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mobilität für Senioren und Menschen mit Einschränkungen fördern
Drs. 17/10910, 17/12281 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Einführung von Gesundheitspässen für Asylsuchende
Drs. 17/10990, 17/12154 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. SPD
Umgang des Deutschen Jagd- und Fischereimuseums München mit seiner NS-Vergangenheit
Drs. 17/11003, 17/12312 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Berichtsantrag zum Präventionsprojekt "MiMi – Mit Migranten für Migranten"
Drs. 17/11104, 17/12296 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Josef Zellmeier, Jürgen W. Heike u.a. CSU
Girokonto für alle
Drs. 17/11175, 17/12294 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Unterbringung von Flüchtlingen: Was ändern die Beschlüsse der Staatsregierung konkret?
Drs. 17/11222, 17/12158 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD
Zeichen setzen: Politische und zivilgesellschaftliche Beziehungen zwischen Bayern und Polen intensivieren
Drs. 17/11323, 17/12172 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bekämpfung der Geldwäsche im Nicht-Finanzsektor
Drs. 17/11328, 17/12315 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Transparenz bei versteckten Schulden: Klarheit über Pensionsvorsorge schaffen
Drs. 17/11355, 17/12316 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

29. Antrag der Abgeordneten Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD "Blitz-Marathon" – Weiterentwicklung einer guten Idee Drs. 17/11418, 17/12101 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Alexander Flierl, Dr. Otto Hünnerkopf, Volker Bauer u.a. CSU Vollzugshinweise zur Unterbringung von Fundtieren in Tierheimen Drs. 17/11494, 17/12256 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

31. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Anhörung zur Situation der Mittelschule in Bayern Drs. 17/11500, 17/12115 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Jürgen Baumgärtner, Bernhard Seidenath, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU Systematische Kooperation der Klinik für Geriatrie am Klinikum Bayreuth mit Pflegeeinrichtungen in den Landkreisen Kronach und Lichtenfels sowie der Stadt Bayreuth unterstützen und fördern Drs. 17/11568, 17/12295 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

33. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Halb Bayern "Raum mit besonderem Handlungsbedarf"! Konsequenzen aus der Heimatstrategie der Staatsregierung ziehen
Drs. 17/11594, 17/12298 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

34. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
Zukunft gestalten – Regionen stärken – Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen und Wettbewerbschancen in allen Landesteilen
Drs. 17/11596, 17/12299 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH	<input type="checkbox"/>

35. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Finanzielle Hilfen für die unwettergeschädigten Gemeinden, Städte, Märkte und Kreise auf den Weg bringen – Soforthilfe partnerschaftlich zwischen Freistaat und Kommunen umsetzen
Drs. 17/11597, 17/12317 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

36. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Paul Wengert, Harry Scheuenstuhl u.a. und Fraktion (SPD)
Die Unwettergeschädigten und die Kommunen nicht im Stich lassen
Drs. 17/11607, 17/12318 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

37. Antrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Karl Freller, Josef Zellmeier u.a. CSU
Hochwasser- und Überschwemmungsschäden: Schnelles Maßnahmenpaket für
bayerische Kommunen, Unternehmen und Bürger
Drs. 17/11728, 17/12319 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

38. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,
Joachim Hanisch u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Folgen von CETA für die öffentliche Daseinsvorsorge in Bayern
Drs. 17/11718, 17/12142 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

39. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Klaus Adelt,
Horst Arnold u.a. SPD
Endgültige Vollzugshinweise zum Bayerischen Maßregelvollzugsgesetz
Drs. 17/9798, 17/11839

Votum des federführenden Ausschusses für
Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

40. Antrag der Abgeordneten Stefan Schuster, Martina Fehlner,
Andreas Lotte u.a. SPD
Expertenanhörung im Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes des
Bayerischen Landtags zur Prüfung der Einführung eines Altersgelds für Beamte
in Bayern
Drs. 17/11185, 17/12128

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

41. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Angelika Weikert u.a. SPD
Landesbehindertenrat in die Beratungen zur Novellierung des bayerischen Behindertengleichstellungsgesetzes einbeziehen
Drs. 17/11613, 17/12250

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

42. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Doris Rauscher, Arif Tasdelen u.a. SPD
Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Integrationsgesetz
Drs. 17/11756, 17/12249

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.

43. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Integrationsgesetz
Drs. 17/11796, 17/12252

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration,
der den Antrag für erledigt erklärt hat.